



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 04831 - 33
Fernschreiber 0286990

=/XIII/95 - 26. April 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Voran gehen! Zum 1. Mai 1958 Von Herbert Wehner, MdB.	70
3	Volksbefragungsgesetz nicht abgelehnt! SPD-Gründe gegen die Ausschussüberweisung	52
4	Die Satanie der Atombomben Den "christlichen" Aufrüstungsaposteln ins Stammbuch	37
5 - 6	Antisemitismus im Spiegel der Geschichte Ein aufschlussreiches Buch	59
7 (Anhang)	Kommuniqué von der Sitzung des Parteivorstandes der SPD am 25. April 1958 in Bonn	39

* * * * *
* * * * *

Voran gehen !

Von Herbert Wehner, MdB.

Die arbeitenden Menschen sind stets die Leidtragenden, wenn militärische Machtpolitik regiert. Die Rüstungskosten werden auf die Schultern der breiten Schichten abgewälzt. Im Ernstfall haben sie die ganze Wucht des dicken Endes jeder militärischen Machtpolitik zu ertragen. Deshalb stand schon am Anfang des modernen sozialistischen Freiheitskampfes die Erkenntnis, dass der Kampf für die Freiheit und für die Gleichberechtigung aller arbeitenden Menschen auch ein Kampf für eine auswärtige Politik sein muss, deren Ziel es ist,

"die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen".

Dieser Satz aus der Gründungsadresse der Internationalen Arbeiterassoziation ist fast 95 Jahre alt. Der sittliche Impuls, der mit dieser Willenserklärung gegeben wurde, wirkt auch heute. Immer wieder ringt sich aus dem Grauen der Kriege und dem Druck der Diktaturen die Erkenntnis durch, dass eine Ordnung des Zusammenlebens der Menschen und Staaten geschaffen werden muss, in der es endlich möglich wird, nach den einfachen Gesetzen der Moral und des Rechts auch wirklich zu leben.

Am 1. Mai 1958 wollen die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer und die Sozialdemokraten in machtvollen Kundgebungen an das ganze deutsche Volk appellieren. Die Bewahrung des Friedens und die Gewährleistung der Menschenrechte in voller Gleichberechtigung für alle - ohne Unterschied der Herkunft, des Berufs, der Konfession und der Rasse - erfordern in unserer Zeit das Zusammenwirken aller, die nicht mitschuldig werden wollen an einer dritten Weltkriegskatastrophe und an der Drosselung der Menschenrechte durch diejenigen, die alles Leben den Erfordernissen ihrer militärischen Machtpolitik unterordnen wollen.

Die Bevölkerung des geteilten Deutschlands steht in einer der schwersten Belastungsproben. Die Gefahr der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr und der Verstrickung des geteilten Deutschlands in das atomare Wettrüsten ist eine Lebensgefahr für unser Volk. Wird diese Gefahr nicht abgewehrt, dann würde das geteilte Deutschland das Atom-Aufmarschgelände der Grossmächte werden. Dann wäre unser Volk schutzlos den Folgen der Spannungen und der sich aus ihnen ergebenden Komplikationen ausgeliefert. Die Teilung Deutschlands und die Zerreissung unseres Volkes wären endgültig besiegelt. Dazu darf es nicht kommen.

Dazu wird es nicht kommen, wenn die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer und die Sozialdemokraten nicht müde werden, voranzugehen im Kampf um eine friedliche Regelung der heute noch ungelösten Streitfragen zwischen den Staaten. Noch ist der Vorschlag des polnischen Außenministers Rapacki, in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie Zone zu schaffen und damit einen Anfang zu einer internationalen Entspannung zu machen, nicht zu den Akten gelegt. Noch ist es möglich, durch unüberhörbare Willenskundgebungen die Bundesregierung zu einer Änderung ihrer bisher ablehnenden Haltung zu drängen. Aber die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer und die Sozialdemokraten dürfen nicht müde werden, voranzugehen. Noch liegt es im Bereich des Möglichen, den Abzug der sowjetischen Truppen aus dem von ihnen besetzten Teil Deutschlands zu erwirken, wenn die Bevölkerung der Bundesrepublik sich dazu ermannt, zu verlangen, daß endlich Verhandlungen über den gleichmäßigen und gleichwertigen Abzug der fremden Truppen aus Deutschland und dem zur atomwaffenfreien Zone gehörenden Gebiet geführt werden. Damit wäre auch der Weg freigemacht, auf dem wir herauskommen aus der Sackgasse des Wettrüstens. Der Weg zur Festsetzung und Kontrolle der Höchstzahlen der Truppen aller an atomwaffenfreien Raum beteiligten Staaten und Gebiete. Die Last der Furcht vor einer neuen Kriegskatastrophe und die Last der Rüstungskosten würden von den Menschen weichen. Schritte zu einer allgemeinen, international kontrollierten Abrüstung würden auch Schritte zur Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit möglich machen. Die Zeit der Hoffnungslosigkeit für die Deutschen auf der anderen Seite der Zonengrenze wäre zu Ende.

Die in den Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmer und die Sozialdemokraten müssen voran gehen. Es werden ihnen viele folgen, die das Gewissen und die Einsicht drängen. In aller Welt regen sich die Kräfte, die das Ende des Wettrüstens herbeiführen wollen. Dieser Kampf ist der Entscheidungskampf, von dessen Ausgang es abhängt, ob in nächster Zukunft die Menschen wieder aufatmen dürfen oder ob sie erstickt und erdrückt werden von der Last des Wettrüstens. Das Ende des Wettrüstens wird der Anfang einer neuen freien Entfaltung der Menschheit und ihrer schöpferischen Kräfte sein.

Volksbefragungsgesetz nicht abgelehnt!

F.B. Auch erfahrenen Bonner Parlaments-Journalisten würde es nicht schaden, wenn sie ab und zu in die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages hineinsehen würden. Sie könnten sich dann die Panne ersparen, zu behaupten, dass der sozialdemokratische Gesetzentwurf über eine Volksbefragung, nachdem nach der ersten Lesung keine Überweisung an einen Ausschuss stattgefunden hat und die Koalitionsparteien einer zweiten Lesung widersprochen, endgültig abgelehnt worden sei.

Ein solches Verfahren gibt es nicht, und man hätte dazu nur ganz kurz den § 78 ff. der Geschäftsordnung nachzulesen brauchen. Was ist geschehen? Die Abgeordneten der Koalition haben nur einen Fristeinspruch gegen die zweite Beratung eingelegt. Diese wird also stattfinden, und die SPD wird Sorge dafür tragen, dass das so schnell wie möglich geschieht.

Trotzdem hat die Öffentlichkeit mit Überraschung reagiert und fragt sich, warum die SPD nicht für die Überweisung ihres Gesetzentwurfes an den Rechtsausschuss eingetreten ist. Diese "Überraschung" hätte aber nicht einzutreten brauchen, denn die SPD hat niemals davon gesprochen, dass sie von sich aus diese Überweisung beantragen wird. Sie hat lediglich nach dem Mehrheitsbeschluss in der CDU/CSU-Fraktion, eine Ausschussberatung zu verlangen, mitgeteilt, dass sie in diesem Falle keinen Widerspruch erheben wird.

Für die Haltung der SPD, so zu verfahren, gibt es zwei Gründe. Der erste ist schon im Sozialdemokratischen Pressedienst vom 14. April mitgeteilt worden, als darauf hingewiesen wurde, dass ein Überweisungsbeschluss in den Rechtsausschuss zu langwierigen Verzögerungen führen würde, und dem Vorsitzenden dieses Ausschusses, Hoogen (CDU),

"dann die Aufgabe zufallen würde, den Gesetzentwurf unerledigt in die Sommerpause hineinzuschleppen. Auf diesen Zeitgewinn arbeitet die CDU. Die SPD wird genau die umgekehrte Haltung einnehmen und alles versuchen, um eine schnelle Entscheidung herbeizuführen."

Noch wichtiger aber ist der zweite Grund. Es ist der SPD bekannt, dass der Bundeskanzler, der einer der eifrigsten Wortführer für die Überweisung war, in kleinen Kreise diese Haltung wie folgt begründet hat: Man solle sich doch durch eine sofortige Ablehnung nicht den Weg verbauen. Selbstverständlich werde man, wenn eine Volksbefragung durch ein Land durchgeführt werden sollte, juristisch vorgehen und einstweilige Verfügungen beantragen. Man müsse aber auch damit rechnen, dass eine solche einstweilige Verfügung abgelehnt und eine Volksbefragung für rechtens erklärt werde. In diesem Falle habe man dann die Möglichkeit offen, andere Fragen zur Entscheidung im Bundestag zu stellen.

Es ist nur allzu klar, dass unter "andere Fragen" die totale polemische Verdrehung zu verstehen ist. Wer wollte von der SPD verlangen, dass sie durch einen Antrag auf Ausschussüberweisung dieses Spiel des Kanzlers betreibt?

Sie wird deshalb weiter so verfahren, wie sie es angekündigt hat. Si wird eine schnelle Entscheidung über ihren Gesetzentwurf herbeizuführen suchen, die im Plenum bereits genügend vorbereitet ist. Wenn in diesem Zusammenhang Freitag ein Redner der CDU/CSU-Bundestagsfraktion davon sprach, dass die SPD den Mut verloren habe und ihren Gesetzentwurf nicht ernst nehme, so ist das ein törichtes Wortgeklingel. Wer wirklich Mut hat und wer feige ist, wird sich schon am 8. oder 9. Mai erweisen, wenn in der zweiten Lesung es darum geht, die parlamentarische Entscheidung zu treffen.

26. April 1958

Die Satanie der Atombomben

Im Verlag Paul Pattloch in Aschaffenburg ist soeben eine "Christliche Enzyklopädie" in Taschenbuchformat angelaufen, die auf insgesamt 130 Bände geplant ist. Herausgeber ist der bekannte Jesuit Prof. Johannes Hirschmann.

Im 5. Bändchen dieser Enzyklopädie, das das "Imprimatur" (die Druckerlaubnis) des Bischofs von Würzburg trägt (Datum von 27.9.1957), wird das Thema: "Unser Widersacher, der Teufel" von einem französischen Geistlichen behandelt. Wir lesen da auf Seite 32:

"Satan, der Menschenmörder von Anbeginn, erreicht mit Jesus den Höhepunkt seiner Triumphe; denn an Jesus wird er zum Gottesmörder... Wir finden in seinem gottesmörderischen Wahnsinn den gleichen Irrtum, den wir in unseren Tagen im Triumphe der Technik und der Wissenschaft durch die Atombombe erleben..."

Weiter steht auf Seite 40 des Bändchens zu lesen:

"Satans Macht in der Welt ist unermesslich; alles, was der menschliche Geist erfunden hat, um zu töten, angefangen von dem Knüttel Keins bis zur Wasserstoffbombe, ist eine diabolische Erfindung, ist Teufelswerk. Satan ist der Menschenmörder von Anbeginn, so sagt Jesus. Alles also, was auf den Menschenmord abzielt, gehört zu seinem Fach... Wenn es sich mit Satan so verhält, dann ist es nicht zu bestreiten, daß er niemals aktueller gewesen ist als heute; denn niemals waren die Vernichtungsmittel zahlreicher, wirksamer, entsetzlicher, in Wahrheit dämonischer als heute..."

Schließlich und endlich aber lesen wir den Satz:

"Der teuflischste, raffinierteste Trick Satans besteht darin, während er in ungeheuerlichster Weise im Herzen der Christenheit seine Macht entfaltet, zugleich die Menschen glauben zu machen, daß er gar nicht existiere."

Eines Kommentars zu diesen eindeutigen Darlegungen bedarf es nicht. Es sei nur eine Frage erlaubt: Lesen eigentlich die "christlichen Politiker" so etwas nicht, oder lesen sie es wohl, glauben es aber nicht? Was soll man dann von ihnen anders halten als daß sie dem raffiniertesten Trick des Teufels" auf den Leim gegangen sind und eben darum den "gottesmörderischen Wahnsinn" atomarer Waffen für eine "gottwohlgefällige Friedensvorbereitung" halten?

Antisemitismus im Spiegel der Geschichte

K.H. Mit wissenschaftlicher Gründlichkeit folgt die bekannte Soziologin Dr. Eleonore Sterling in ihrem Buch "Er ist wie du" den Spuren des Antisemitismus in Deutschland. Es ist kein leichter Weg, den wir mit der Autorin von der Frühgeschichte des Antisemitismus in Deutschland (1815-1850) über den von den "Alldutschen" zum Ausdruck gebrachten Judenhass bis zur "Stürmer"-Propaganda der jüngsten Vergangenheit zurücklegen. - Es ist ein Weg, der mit dem Hepp-Hepp-Gebrüll des Pöbels sowie mit Pogromen und deren Opfern gepflastert war. Allein in der Zeit von 1800 bis 1850 kam es in Deutschland sechzehnmal zu Massenausschreitungen gegen Juden, die sich oft über das ganze Land verbreiteten.

Ebenso wie der Nationalsozialismus nur zu verstehen ist, wenn man die Agitation der Alldutschen und den traditionellen Antiliberalismus eines Teils des konservativen deutschen Bürgertums berücksichtigt, so wird man den Erfolg der von den Nationalsozialisten betriebenen antisemitischen Propaganda nur dann begreifen, wenn man berücksichtigt, dass sich schon Jahrzehnte vor der nationalsozialistischen Agitation der Judenhass in vielen Kreisen grösster Beliebtheit erfreute. Auf dem Wartburg-Fest 1817 verbrannte man nicht nur den preussischen Zopf, sondern überlieferte symbolisch auch eine "Judenschrift" den Flammen.

Als einer der geistigen Grossväter der Herren Zind unserer Tage muss zum Beispiel jener Heidelberger Philosophieprofessor Fries gelten, der vor mehr als hundert Jahren verlangte, man möge die Juden "mit Stumpf und Stiel zusrotten". Vor der Polizei sagte er, er habe nicht die "Juden", sondern das "Judentum" gemeint. Schon damals wurde die Austreibung, die Kastration und das "Schädel-einschlagen" als Rezept gegen die Juden empfohlen; schon damals

wurden Synagogen angezündet und Friedhöfe geschändet, und schon damals prophezeite die "Kreuzzeitung" - das Blatt der preussischen Konservativen - "eine Verfolgung, dergleichen die Welt noch nimmer erlebt hat", und dass "Gott die ungläubigen Juden strafen werde".

Es ist sicherlich kein Zufall, dass die nationalistischen und rechtsradikalen Tendenzen ebenso wie der Antisemitismus in vielen Turnvereinen seine Heimstätten gefunden hatten. Forderte doch Turnvater Jahn den "Hass alles Fremden" als "des Deutschen Pflicht", und als "Deutschlands Unglück" bezeichnete er "Polen, Franzosen, Pfaffen, Junker und Juden".

Zu diesem deutschnationalen Antisemitismus gesellte sich noch der in vielen katholischen Kreisen betriebene Antisemitismus mit religiöser Ursprung. So erklärte zum Beispiel der katholisch-bayerische Föderalist Constantin Frantz - der auch heute noch gern zitiert wird - :

"Das jüdische Volk hat den wahren Messias verworfen und damit sich selbst für alle Zukunft von der Geschichte ausgeschlossen, in dem statt seiner nur die Germanen das Volk Gottes geworden sind."

Wer bereit ist zu erkennen, dass der Antisemitismus - die Funken dieses verheerenden Feuers sind auch in der Bundesrepublik immer wieder festzustellen - nur im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Geschehen, mit der Fortschrittsfeindlichkeit und mit primitiven Hassgefühlen zu verstehen und zu erklären ist, dem wird das vorliegende Buch als ein wertvoller soziologischer Wegweiser zu der Erkenntnis dienen, dass die geistigen Funken für die Gas-kammern des Dritten Reiches schon hundert Jahre vorher gelegt wurden.

Eleonore Sterling: "Er ist wie du" Aus der Frühgeschichte des Antisemitismus in Deutschland (1815-1850). Chr. Kaiser Verlag, München 1956. 230 Seiten, DM 9.80.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Kommuniqué von der Sitzung des Parteivorstandes der SPD
am 25. April 1958 in Bonn

Der Parteivorstand der SPD empfing in seiner Sitzung vom 25. April 1958 in Bonn das Mitglied des japanischen Oberhauses, Tadataka Sata, der sich zur Zeit in der Bundesrepublik aufhält, um Kontakt mit den Gegnern der Atombewaffnung aufzunehmen. Sata schilderte die furchtbaren Auswirkungen der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki und wies mit Nachdruck darauf hin, dass schon jetzt die andauernden Atom- und Wasserstoffbombenversuche zu lebensgefährlichen Verseuchungen der Bevölkerung führen. Sata überbrachte dem Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer eine Einladung zu dem im August/September dieses Jahres in Japan stattfindenden Weltkongress der Gegner der Atombewaffnung und der Fortsetzung von Atom- und Wasserstoffbombenversuchen.

Der Parteivorstand nahm Kenntnis von dem Entwurf zu einem Grundsatzzprogramm der SPD, das die Programmkommission dem in Mai in Stuttgart stattfindenden Parteitag als Diskussionsgrundlage vorlegen wird. Der Aufruf des Parteivorstandes zum 1. Mai fand einstimmige Billigung (siehe SPD-Pressedienst vom 25. 4. 1958).

In Anwesenheit von Vertretern der sozialdemokratischen Fraktionen in den Länderparlamenten und mehreren Landesministern gab der Parteivorsitzende Erich Ollenhauer einen Überblick über die politische Situation, wie sie sich nach dem Beschluss der Mehrheit des Bundestages und nach dem Willen der Bundesregierung entwickelt hat, die Bundeswehr mit Atcmwaffen auszurüsten. Ollenhauer unterstrich hierbei, dass die Realisierung dieses Beschlusses gleichbedeutend mit dem Verzicht auf eine Politik der Entspannung in Europa und demzufolge auch mit dem Verzicht auf eine aktive Politik der Wiedervereinigung sei. Die SPD werde daher mit allen legalen Mitteln die Bevölkerung der Bundesrepublik gegen diese Politik aufrufen. Die verfassungsrechtlichen Einwände der CDU gegen die echte Meinungserforschung der Bevölkerung sind lediglich Vorwände, um der politischen Entscheidung auszuweichen.

Der Parteivorstand beschloss gemeinsam mit den Vertretungen der sozialdemokratischen Fraktionen in den Länderparlamenten, den Kampf gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr weiterzuführen und zu steigern. Im Verlaufe einer angeregten Diskussion wurden Einzelheiten dieser Aktion erörtert.

Der Parteivorstand widmete sich ferner den Vorbereitungen zum Parteitag in Stuttgart. Eine gemeinsame Sitzung des Parteivorstandes und Parteiausschusses, in der ebenfalls die zum Parteitag bereits vorliegenden Anträge der Bezirke und Ortsvereine beraten werden, findet Anfang Mai in Berlin statt.